

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Ercheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat ein Goldmerk.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mart).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.
Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpennig, die dreigegepaaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdrucker J. Särchen, Baruth (Mart).
Für Anzeigen an vorgezeichneten Tagen, ferner für unendlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 3

Dienstag, den 7. Januar

1930

Die Sanktionsfrage im Haag angeknüpft.

Haag. Das Hauptinteresse der Haager Konferenz galt am Sonntag dem Frühstück, das gegen Mittag die deutsche und französische Delegation vereinte. Bei dieser Gelegenheit wurde direkt die Frage der Sanktionen zwischen Reichsaussenminister Dr. Curtius, dem französischen Ministerpräsidenten Sarrailh und dem französischen Außenminister Briand besprochen. Die Sanktionsfrage war weiter auf der Juristenkonferenz in Brüssel noch bei den späteren Verhandlungen zwischen Briand und dem deutschen Votschaffter in Paris, v. Hoese, geklärt worden. Dem Hörensagen nach sollen die Franzosen für die Dauer des Funktionierens des Young-Plans bereit sein, auf die Aufrechterhaltung der ihnen im Versailler Vertrag gegebenen Sanktionsrechte zu verzichten. Die Beurteilung dieser Frage hängt ganz von der Formel ab, die für diesen „Verzicht“ gefunden wird.

Der Gedanke eines Schiedsgerichts als Entscheidungsbefähigung für diejenigen Streitigkeiten, die bisher nach den Artikeln 17, 18 sowie 431 des Versailler Vertrages durch die Reparationskommission zu behandeln waren (außer der Befugnis des Rheinlandes konnten nach diesen Paragraphen die Gläubigerregierungen wie beim Münchener Fall, jede andere geeignete Maßnahme ergreifen), hat noch keinen Niederschlag in einer juristischen Formel gefunden.

Die Delegierten der Haager Konferenz hatten sich am Freitag abend bei dem holländischen Außenminister, De laet van Blootland, zum ersten Male auf gesellschaftlichem Boden getroffen, und zwar auf einem Empfang, an dem 150 Delegierte mit ihren Damen teilnahmen.

Nach Meldungen aus Paris erwartet man im Haag das Eintreffen des deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht.

Der im Zusammenhang mit einer neuer Zusammenkunft des Organisationsausschusses der Internationalen Erbschaftbank im Haag wieder seinen Platz als deutscher Vertreter in diesem Ausschuss einnehmen soll.

Am Sonntagvormittag fanden die ersten Sitzungen der beiden Ausschüsse statt. Die Franzosen erklärten, daß die Arbeit sehr gut fortgeschritten sei. Außerdem hatte der Ausschuss für die nichtdeutschen Erbschaftszahlungen eine Sitzung, bei der es ziemlich lebhaft zugegangen sein soll. Die Regelung der ungarischen Verpflichtungen soll erst am Dienstag auf die Tagesordnung dieses Ausschusses gesetzt werden. Die Führung in den Verhandlungen über die Osterreichischen liegt, soweit die großen Staaten in Betracht kommen, bei Italien, da es, nach Meldungen aus Rom, seiner Delegation den Auftrag gegeben hat, sich sehr stark für Ungarn einzusetzen.

Die kleinen Gläubigerstaaten, wie Polen und Rumänien, haben beim Präsidenten der Konferenz, Sarrailh, einen offiziellen Schritt unternommen

und gefordert, daß sie an der endgültigen Ausarbeitung und Unterzeichnung des Young-Planes offiziell beteiligt sein müssen.

Es scheint sich immer mehr herauszustellen, daß die Frage der Sanktionen der zweiten Haager Konferenz das Gesicht geben wird. Frankreich scheint entschlossen zu sein, den deutschen ablehnenden Standpunkt in der Sanktionsfrage nicht anzuerkennen. Der deutsche Standpunkt ist, daß nach Inkrafttreten des Young-Planes Sanktionen nicht mehr in Frage kämen. Die deutsche Delegation ist, wie aus ihr heraus betont wird, sich des Entsetzes der Lage bewußt. Die deutsche Delegation beschäftigt sich nach dem Essen bei Sarrailh am Sonntag nachmittag in einer Sitzung nochmals mit der Frage der Sanktionen. Die Frage der österreichischen Erbschaftszahlungen wurde am Sonntag nachmittag im zweiten Ausschuss behandelt, die der bulgarischen Erbschaftszahlungen wird Anfangs dieser Woche zur Sprache gebracht werden.

Es sei übrigens mitgeteilt, daß die deutsche Delegation die Festeisen und Frühstücke fortan „Mahlzeiten“ nennt. Es soll dadurch in Deutschland der Eindruck erweckt werden, daß die deutsche Delegation sich nicht unnötigen Festen hingibt.

Es hat auch eine persönliche Unterredung zwischen Dr. Curtius und Briand stattgefunden. Ferner hat Reichsfinanzminister Moldenhauer den englischen Schatzkanzler Snowden aufgesucht. Es hat sich herausgestellt, daß bereits die Brüsseler Juristenkonferenz die Sanktionsfrage als Verhandlungspunkt auf der Haager Konferenz festgelegt hat. Der französische Ministerpräsident Sarrailh soll bei der Unterredung mit dem deutschen Reichsaussenminister erklärt haben, daß Frankreich nicht in der Lage sei, auf irgendeinen Punkt des Versailler Vertrages zu verzichten, also auch nicht auf das Recht der Sanktionen. Bei dieser Unterredung soll auch die Denkschrift des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht erwähnt worden sein.

Das deutsch-polnische Abkommen.

Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß auf der Konferenz im Haag lediglich das ursprünglich deutsch-polnische Liquidationsabkommen mit dem Schlußprotokoll, nicht jedoch die übrigen Abkommen über Währungsangelegenheiten, Wiederverkaufsrecht usw. niedergelegt worden ist. Diese Abkommen werden als ausschließlich Deutschland und Polen be-

treffende Abkommen betrachtet, deren Niederlegung nicht erforderlich ist.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß diese Niederlegung des deutsch-polnischen Hauptvertrages bei der Haager Konferenz infolge einer neue Lage geschaffen hat, als die von zahlreichen deutschen Kreisen bringende geforderte Revision und grundsätzliche Abänderung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens damit unmöglich geworden ist. Das deutsch-polnische Abkommen wird trotz der Erklärung Curtius' nunmehr in dem Gesamtrahmen des Young-Planes und mit ihm verbunden, vor den Reichstag gelangt, wodurch die Ablehnung dieses vielfach als außerordentlich günstig und schätzenswert beurteilten Vertrages aufs neue erheblich erschwert wird.

Die Tschechei enteignet deutschen Waldbesitz.

Die deutschen Förster in Sorge um ihre Stellungen.

Prag. Beim Präsidenten der tschechischen Bodenanstalt sprach eine Abordnung der tschechischen Regierungsparteien vor und verlangte die beschleunigte Durchführung der Wälderverstaatlichung, insbesondere in Südböhmen. Das bedeutet natürlich nichts anderes, als eine weitere Enteignung des deutschen Besitzes in der Tschechei.

Dem tschechischen Bodenanstalt wurde versichert, daß das Amt vor allem in bezug auf den südböhmischen Waldbesitz mit aller Energie vorgehen werde. Als eine der ersten Waldbesitzungen sollen die Schwarzenberg-Waldungen in Südböhmen übernommen werden, die insgesamt 110 000 Hektar betragen. Fürst Schwarzenberg würde nach dem Vorstoß der tschechischen Bodenanstalt für seine beschlagnahmten Besitzungen, die einen Handelswert von 250 Millionen Kronen darstellen, eine Entschädigung von rund 60 Millionen erhalten. Neben den Schwarzenbergischen Besitzungen wird auch die zwangsweise Enteignung der Großgrundbesitzer Nichtenstein, Schurn und Taxis, Fürst Löwenstein, Welterstein und Czernin in Böhmen vorbereitet. Die deutschen Förster sind in großer Sorge, da sie besitzlose, Stellung und Brot zu verlieren. Der tschechische Staat beabsichtigt nämlich, nur tschechische Forstbeamte in seinem Waldbesitz anzustellen.

Man kann gespannt sein, was wohl die deutsch-agrarischen und sozialistischen Regierungen mitgliedern in der Tschechei zu dieser neuen Aktion der tschechischen, dachinitischen, bürgerlichen und sozialistischen Einheitsfront sagen werden.

Erschreckendes Anwachsen

der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat in der ersten Dezemberhälfte eine verstärkte Zunahme — nämlich um 233 000 Personen oder fast 20 v. H. — erfahren.

Am 15. Dezember wurden somit rund 1,4 Millionen Personen in der Arbeitslosenversicherung unterstellt. In der Krisenunterstützung befanden sich Mitte Dezember 194 000 Personen. Die Zunahme gegenüber dem letzten Stichtag (30. November) belief sich auf 4 v. H.

Massenverhaftungen in Moskau.

Moskau. In der russischen Hauptstadt wurden 95 Kaufleute verhaftet, 81 private Handelsunternehmungen geschlossen und insgesamt Waren im Werte von zwei Millionen Rubel beschlagnahmt. Den Kaufleuten wird vorgeworfen, daß sie sich von den staatlichen Handelsorganisationen mit größeren Warenmengen haben versorgen lassen. Auch die leitenden Beamten der staatlichen Handelsorganisationen wurden dem Gericht übergeben.

Die Sowjetregierung plant ferner, wie aus Moskau gemeldet wird, zum 1. Januar 1931 sämtliche Kirchen, Synagogen und Moscheen in der Sowjetunion zu schließen.

Die Austritte aus der

Deutschnationalen Volkspartei.

Die Deutschnationale Pressestelle teilt mit: „Unter der Überschrift: Die Flucht vor Eugenides“ bringt der Vormärts die Meldung, daß sich die Zahl der seit Eugenides Führung aus dem Deutschnationalen Lager geflüchteten Mitglieder auf annähernd 45 000 beziffert. Wir wissen nicht, welche Berechnung dieser phantastischen Ziffer zugrunde liegt. Wie stellen demgegenüber fest, daß die Gesamtanzahl aus der Partei die Ziffer 1000 noch nicht erreicht haben, während die Eintritte in die Partei allein in der letzten Zeit diese Zahl bei weitem übersteigen. Diese Eintritte erfolgen zum größten Teil mit der Begründung, daß nunmehr die notwendige Klärung in der Partei geschaffen sei und daß man nunmehr der künftigen Politik Vertrauen entgegenbringen könne. Besonders bemerkenswert ist es, daß die Lösungsparole von jenen einzelnen Mitgliedern des Deutschnationalen Arbeiterbundes fast gar kein Echo außerhalb der rein gesellschaftlich eingestellten Arbeitergruppen im Lande gefunden hat. Diese Gruppen sind aber nur eine Minderheit. Demgegenüber sind aber sehr zahlreiche Neuanmeldungen aus Arbeiterkreisen zu verzeichnen, so daß der Ausfall bei weitem wieder aufgehoben wird.“

Brand im Capitol zu Washington.

Washington. Im amerikanischen Parlamentsgebäude, dem Capitol, ist ein schwerer Brand ausgebrochen. Gegen abend stand plötzlich der Archivräume im Südflügel des Gebäudes, in welchem das Repräsentantenhaus untergebracht ist, in hellen Flammen. Bis zum Eintreffen der Feuerwehr hatte sich jedoch das Feuer bereits zum Dachstuhl durchgefressen und bedrohte die berühmte historische Kuppel des Capitols. Weithin sichtbar loderten die Flammen aus dem brennenden Gebäude empor. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr konnte größerer Sachschaden verhindert werden.

Soweit sich bisher übersehen läßt, sind wichtige Dokumente jedenfalls nicht zerstört worden. Unter den Beständen des Archivs hat das Wasser mehr Schäden angerichtet als das Feuer. Durch die starke Rauchentwicklung wurde ein Regierungsbeamter, Woberly, dessen Büro in dem Archivräume untergebracht ist, bewußtlos. Ueber die Ursache des Brandes stellt noch jeder Anhaltspunkt. Nach dem Brand im Archivräume des Präsidenten im Weißen Hause, ist das Feuer im Capitol der zweite Brand innerhalb von zehn Tagen, der amerikanische Regierungsgebäude heimgesucht hat. Polizei und Feuerwehr suchten nach etwaigen Spuren von Brandstiftern.

Ueberall die Papageienkrankheit.

In Lima erkrankte ein Ehepaar und dessen zehnjährige Tochter an der Papageienkrankheit. Der Papagei war als Weihnachtsgeschenk vor 14 Tagen in Berlin gekauft worden. Die Erkrankten haben hohes Fieber und heftige Leibschmerzen. Lebensgefahr besteht nicht. — In München sind Fälle von Papageienkrankheit aufgetreten. Ein Fall ist tödlich verlaufen, die übrigen Fälle waren leichter Natur und die Erkrankten sind größtenteils schon wieder gesund. Zurzeit ist noch ein Fall im Krankenhaus in Behandlung. Es wurde nachgewiesen, daß die Krankheit durch einen Papagei verursacht worden ist, der von einem auswärtigen Händler angeblich zum halben Kaufpreis geliefert wurde. Das Tier ist getötet worden. — Im Kreisstranctenhaus in Bernburg (Anhalt) ist eine Frau gestorben, deren Familie sich vor vier Wochen aus Hamburg einen Papagei hatte kommen lassen, der vor vier Tagen ebenfalls gestorben ist. Bei der Frau stellte sich zunächst eine doppelseitige Lungenentzündung heraus, der eine allgemeine Vergiftung des ganzen Körpers folgte; getreten ist sie gestorben. Es sind alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden, um einer weiteren Verbreitung der Seuche vorzubeugen.

Zwei Fälle von Papageienkrankheit in Prag. In Prag wurden zwei Fälle von Papageienkrankheit festgestellt. Ein kinderloses Ehepaar in Smichow kaufte vor einiger Zeit einen weißen Kakadu, der drei Tage, nachdem ihn der Tierhändler geliefert hatte, einging. Kurz darauf erkrankten beide Ehegatten unter den gleichen Anzeichen, wie sie in Berlin, Wien und Hamburg bei der sogenannten Papageienkrankheit beobachtet wurden. Das städtische Gesundheitsamt hat sämtliche Bezirksärzte und im öffentlichen Gesundheitsdienst arbeitende Personen zu einer Besprechung über die notwendigen Maßnahmen zur Verhütung einer Epidemie eingeladen.

Die Monarchen reisen zur Kronprinzessinhochzeit.

Brüssel. Die belgische Königsfamilie, die die Prinzessin Jose, die Verlobte des Kronprinzen Umberto, nach Rom begleitet, ist in einem italienischen Hofzug abgereist. Auf dem Bahnhof waren strenge Abwehrmaßnahmen durchgeführt und der Zutritt nur wenigen geladenen Gästen gestattet. Solange sich der Zug auf belgischem Gebiet befand, wurde die Strecke vom Eisenbahnpersonal und von der Polizei bewacht. Die in Brüssel anwesenden Minister waren zur Begrüßung der königlichen Familie erschienen. Nach Rom reisten der König, die Königin, Prinz Leopold und seine Gemahlin, Prinz Karl und mehrere hohe Hofbeamte. Der Prinzessin Marie Jose wurden viele Blumen überreicht. Die Abfahrt vollzog sich ohne Zwischenfall. Auch König Boris von Bulgarien, der einige Tage in Koburg weilte, ist zu den Vermählungsfestlichkeiten des italienischen Kronprinzen nach Rom abgereist.

Bisher 52 Todesopfer in Hammerstein.

Schneidemühl. Die Epidemie unter den Kindern der deutsch-russischen Flüchtlinge im Flüchtlingslager Hammerstein bei Schneidemühl, wie vom Reichskommissar für das Flüchtlingswesen mitgeteilt wird, bisher 52 Todesopfer gefordert. Im Lazarett des Lagers liegen noch 40 Kinder danieder.

Es handelt sich um eine eigenartige Fieberkrankheit, die durch den Bazillus Streptococcus hervorgerufen wird und noch vollkommen unerforscht ist. Man kennt kein Mittel zur Bekämpfung der Krankheit, wodurch die hohe Zahl der Todesfälle zu erklären ist. Auf Anraten des Universitätsprofessors Dr. Friedemann, der sich auf die Aufklärung des Reichskommissars nach Hammerstein begeben und die Kranken untersucht hatte, ist aus Höchst ein Serum bezogen worden, mit dem alle im Lager befindlichen Kinder geimpft wurden. Nach der Impfung hat sich der Zustand einiger Kranker wesentlich gebessert.